wisa.spd-sachsen-anhalt.de

WISA
vorwärts für Sachsen-Anhalt

Vom Kopf auf die Füße

Der Kabinettsbeschluss vom 26. März 2013 hat eine breite öffentliche Diskussion über die zukünftigen Prioritäten in der Landespolitik entfacht, in deren Mittelpunkt zurzeit die Hochschulen stehen. Dabei stehen in den nächsten Monaten zwei wesentliche Aufgaben an: Erstens: die Aufstellung des Haushalts 2014 ohne Neuverschuldung. Zweitens: Entscheidungen über die weitere Entwicklung wichtiger Einrichtungen im Land, die jedoch erst für spätere Haushalte relevant sind. Das betrifft z.B. die Hochschulen, für die die Landesregierung selbst die Zielvereinbarungen bis Ende 2014 verlängert hatte.

Die Intensität der öffentlichen Diskussion hatte die SPD-Landtagsfraktion am 7. Mai dazu veranlasst, bereits einige erste Schwerpunkte zu setzen, obwohl das Parlament in dieser Phase der Haushaltsaufstellung formal noch gar nicht gefordert ist und obwohl für die anderen Entscheidungen bisher keine inhaltlichen Konzepte vorliegen. „Die Schwerpunkte der SPD für den Haushalt 2014 liegen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung, wirtschaftliche Entwicklung und Soziales“, sagte Landes- und Fraktionsvorsitzende Katrin Budde dazu. „Unabhängig davon sind wir uns auch der Bedarfe in anderen Bereichen bewusst. Die heutige Beschlussfassung umfasst natürlich nicht alle Punkte und ersetzt nicht die Haushaltsverhandlungen, die wir nach der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs durch die Landesregierung im September im Landtag zu führen haben.“ Finanzminister Jens Bullerjahn unterstützte die Schwerpunkte. „Für mich ist wichtig, dass die Fraktion für den Haushalt 2014 keine neuen Schulden zulassen will.“ In Fraktion und Partei ist das unstrittig.

Zudem beschloss die Fraktion in Bezug auf die zukünftige Hochschulstruktur, zunächst ein inhaltliches Konzept zu erarbeiten und keinen der beiden Standorte der Medizinerausbildung in Frage zu stellen. Diesen Weg befürworteten am 16. Mai auch der Landesvorstand und der Landesparteirat. Nach einer viereinhalbstündigen Diskussion zur aktuellen Situation, die offen und kritisch, konstruktiv und sachlich geführt wurde, beschlossen beide Gremien gemeinsam mit großer Mehrheit, „den Bericht des Wissenschaftsrates abzuwarten. Auf der Grundlage dieses Berichtes ist das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft gefordert, in Absprache mit den Rektoren, den Studierenden und den Personalvertretungen ein Konzept für die Entwicklung des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes Sachsen-Anhalt zu erarbeiten. Daran soll sich eine umfassende Diskussion zur Profilierung und Strukturbildung im Bereich Wissenschaft und Forschung in unserem Bundesland anschließen. Vor dem Abschluss dieser Diskussion soll es keine Beschlüsse zur zukünftigen Gestaltung der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft geben.“ Damit wird die Diskussion vom Kopf auf die Füße gestellt. Jens Bullerjahn erklärte dazu in der Sitzung, dass das Ergebnis der Diskussion die bisherigen Planungen ersetze. „Was am Ende als Konzept beschlossen wird, werde ich eins zu eins übernehmen und vertiteln.“

Damit geht die inhaltliche Arbeit erst richtig los und so war am Ende der Mammutsitzung Jedem und Jeder klar: In der Debatte um die Konsolidierung der Haushalte und die Veränderung von Strukturen im Land wird die SPD noch viele Antworten geben müssen. Es ist gut, sie gemeinsam zu suchen. ■

Weitere Schwerpunkte für den Landeshaushalt 2014

Bildung
Die Sicherstellung einer zuverlässigen Unterrichtsversorgung durch gut qualifizierte Lehrkräfte in allen Schulformen. Dazu bedarf es einer bedarfsgerechten Nachsteuerung der Lehrerbedarfe und Einstellungskorridore. Zur erfolgreichen Etablierung von Gemeinschaftsschulen im Land ist eine haushalterische Untersetzung notwendig.
Zügige Prioritätensetzung für die EU-Programme. Die Finanzierung des Landesprogrammes Schulbau- und Kitasanierung (STARK III) und die Fortführungen der Schulsozialarbeit haben besondere Bedeutung.

Wirtschaft und Infrastruktur
Bereitstellung ausreichender Mittel für Wirtschaftsförderung. Langfristige Investitionsplanung für landeseigene Infrastruktur (z.B. Landesstraßen, Brücken, Deiche).

Arbeit und Soziales
Nutzbringenden Einsatz der ESF-Strukturfondsförderung. Einen Schwerpunkt bildet dabei das Programm „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“. Die Umsetzung des KiFöG. Neustrukturierung der Beratungslandschaft. Weiterfinanzierung von Jugendpauschale, Fachkräfteprogramm und Jugendbildungsreferenten.

Justiz
Schrittweise Konzentration des Justizvollzug in Sachsen-Anhalt ist an drei Standorten (Halle, Burg und Raßnitz) zu konzentrieren. In Halle soll es mit vorhandenen Plätzen und einem Ergänzungsneubau 600 Haftplätze geben. Der Betrieb der erweiterten JVA Halle „Frohe Zukunft“ über ein PPP-Projekt wird abgelehnt. Zum Ausgleich vorübergehender Bedarfsspitzen sind Kooperationsmodelle mit benachbarten Bundesländern zu prüfen.

Finanzen
Das geltende FAG garantiert eine solide finanzielle Grundausstattung. Für die Umsetzung der Programms STARK IV liegt derzeit noch kein Konzept vor. Daraus folgt eine Aussetzung für das Jahr 2014 und Beschränkung auf den Ausgleichstock zu beschränken.
Im Rahmen der FAG-Beratungen 2015/2016 darüber zu entscheiden, in welcher Form das Land die Kommunen beim Abbau ihrer Altschulden unterstützt. Hochbaumaßnahmen sind strikt nach künftigen Nutzungsansprüchen auszurichten. Das Finanzierungsmodell sale-and-lease-back wird abgelehnt.

Sport
Die Sportförderung soll in der jetzigen Höhe erhalten bleiben.

Landwirtschaft und Umwelt
Entwicklung des Standortes Iden zu einem Kompetenzzentrum für art- und umweltgerechte Nutztierhaltung entsprechend des Landtagsbeschlusses unter Nutzung von Drittmitteln.
Zielgenauer Einsatz der ELER-Strukturfondsfördermittel mit dem Ziel der Entwicklung der ländlichen Räume insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Bildung.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn man in diesem Jubiläumsjahr der Sozialdemokratie einen einzigen Tag herauspicken will, an dem SPD ihren Geburtstag feiert, dann ist es der 23. Mai. Vor 150 Jahren hat sich unter der Ägide von Ferdinand Lassalle im Leipziger Pantheon der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Grund und Anlass waren die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter, waren die Arbeitsbedingungen des Proletariats, waren die nicht vorhandenen Perspektiven einer ganzen Gesellschaftsschicht.

Was damals Anlass zur Gründung des ADAV war, ist heute noch Kern der SPD. Auch wenn die Verhältnisse in der Gesellschaft andere sind als vor eineinhalb Jahrhunderten, auch wenn wir soziale Sicherungssystems, ein gutes Bildungssystem und ein allgemeines Wahlrecht haben, das selbstverständlich auch für Frauen gilt, lautet nach wie vor die Grundsatzfrage für die SPD: Wie machen wir die Gesellschaft besser und gerechter? Wie ermöglichen wir soziale Teilhabe und sozialen Aufstieg? Wie verbessern wir die Perspektive für diejenigen, deren soziale Situation oder Herkunft ihr oder ihm das nicht selbst ermöglicht? Das sind zeitlose Fragen, die zeitgemäßer Antworten bedürfen. Sie müssen immer wieder neu gestellt und immer wieder neu beantwortet werden.

Der 23. Mai erlaubt uns einen stolzen Blick nach hinten und darauf, was wir schaffen können. Er weist uns auch den Blick nach vorn und darauf was wir schaffen müssen. Dabei gilt: Das WIR entschiedet!

Eure

Katrin Budde ■

Der Rote Faden

Union und FDP demaskieren sich beim Mindestlohn selbst. Die Bundesratsinitiative zur Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € wurde am 15. Mai im zuständigen Ausschuss für Arbeit und Soziales kurzerhand von der schwarz-gelben Mehrheit von der Tagesordnung genommen. Weil die Sommerpause des Bundestages bevorsteht, ist damit auch klar, dass es einen Beschluss des Bundestages in dieser Legislaturperiode dazu nicht mehr geben kann.

Aussitzen und Verzögern, das ist der rote Faden der Regierung Merkel. Den Wählerinnen und Wählern, die sich ja mit 80 % für einen Mindestlohn aussprechen, wird mit dem dubiosen Versprechen von „Lohnuntergrenzen“ vorgegaukelt, dass ein Mindestlohn kommt.

Die von FDP und CDU auf ihren Parteitagen beschlossenen Lohnuntergrenzen sind der blanke Hohn. Nach regionalen Gesichtspunkten und getrennt nach Branchen sollen diese Lohnuntergrenzen durch die Tarifpartner ausgehandelt werden. Was vordergründig wie eine Stärkung der Mitbestimmung aussieht entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Dumping-Lohn-System gerade in Ostdeutschland. Denn die die Hinzuziehung der regionalen Vergleichslöhne und die Differenzierung von Branchen trifft gerade jene besonders stark, die jetzt schon mit skandalösen Stundenlöhnen auskommen müssen. Warum sollte eine Pflegekraft in Süddeutschland mehr verdienen als eine Pflegekraft bei uns? Beide machen eine wichtige und schwere Arbeit, die viel zu schlecht bezahlt wird und nicht wenige in der Branche müssen „aufstocken“.

In Branchen wie dem Friseurhandwerk würden die Lohnuntergrenzen Stundenlöhne von 4 € zementieren. Der Thüringer FDP-Generalsekretär entlarvte sich kürzlich auf Twitter, als er sich Sorgen machte, dass durch einen gesetzlichen Mindestlohn die Friseur-Preise steigen könnten. Wer so argumentiert, der interessiert sich nur für die Gewinnmaximierung seiner eigenen Klientel, Mövenpick-Steuer lässt grüßen.

Besorgniserregend ist auch, dass die Zahl der „Aufstocker“ kontinuierlich zunimmt. Im Klartext bedeutet dies, dass immer mehr Beschäftigte wegen Dumping-Löhnen zusätzlich Mittel aus den Sozialhaushalten erhalten müssen. Der Staat subventioniert also damit sogar diese Lohndrückerei und die Allgemeinheit muss für die Profit-Interessen Einzelner aufkommen.

Wir Sozialdemokraten sagen zu Recht, dass dieser Irrsinn ein Ende haben muss. Deshalb brauchen wir schnellstmöglich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

Auch darum wird es bei der nächsten Bundestagswahl am 22. September gehen.

Jeder muss von seiner Arbeit leben können!

Oliver Draber
-Landesgeschäftsführer-

P.S.: Die Einführung von Mindestlohn hat auch sehr unmittelbar Auswirkungen auf die Finanzierung unserer Sozialkassen und damit z.B. auf die zukünftigen Renten. Ein ziemlich guter Weg um ein Mehr an privater Vorsorge zu verhindern! ■

„Die Agenda 2010 sind nicht die zehn Gebote“

Als Gerhard Schröder am 16. April das Kulturwerk Fichte in Magdeburg betritt, applaudieren die 400 Gäste. Wie früher von einem Pulk Fotografen umringt, geht der frühere Bundeskanzler zur Bühne und wird von Gastgeber Burkhard Lischka begrüßt. Schröder ist nach Magdeburg auf Lischkas Rotes Sofa gekommen, um über vergangene und aktuelle politische Fragen zu plaudern.

Vom Gastgeber auf eine Bilanz seiner siebenjährigen Kanzlerschaft angesprochen, sagte Schröder, er sitze hier nicht als jemand, der Asche auf sein Haupt streuen müsste. „Ich glaube, dass wir unser Land vorangebracht haben“, so der Altkanzler. „Ich weiß noch ganz genau, welche Schwierigkeiten wir 1998/1999 hatten, zum Beispiel beim Thema Integration von Migranten und der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Da gab es viele Vorbehalte, vor allem im konservativen Lager.“

Beim Kernprojekt seiner Kanzlerschaft, der Agenda 2010, verwies Schröder auf die damaligen Probleme. In einer Gesellschaft, in der die sozialen Sicherungssysteme an den Beiträgen der Unternehmen und Arbeiter hängen, müsse die Entwicklung der Alterung und gebrochenen Erwerbsbiographien Konsequenzen haben. „Uns war klar, dass die Konsequenz hieß, die sozialen Sicherungssysteme zu verändern, um sie zu erhalten, nicht um sie kaputt zu machen“, betonte er. „Wir brauchten die Agenda 2010 auch, um Mittel frei zu kriegen, um sie in Bildung, Forschung und Entwicklung zu investieren. Und das haben wir getan.“ Mit Blick auf die Kritik an den Reformen und den Wunsch nach Anpassung reagierte der Altkanzler offen: „Ich habe immer gesagt: Die Agenda 2010 sind nicht die zehn Gebote, und ich bin nicht Moses.“

Bei der Frage nach den schwierigsten Momenten seiner Kanzlerschaft, wurde Schröder sehr ernst. „Die heikelsten Momente sind immer die, in denen man Menschen in Gefahr bringt“, erklärte er. „Eine der schwersten Entscheidungen war es, Soldaten nach Afghanistan zu schicken.“

Einen kritischen Blick warf der Altkanzler auf die Europapolitik der Bundesregierung. „Wenn man wie Frau Merkel zunächst Griechenland-Bashing betreibt, dann bringt das ja niemanden weiter, sondern trägt dazu bei, dass man ein Land gegen Deutschland in Stellung bringt“, so Schröder. „Sie hat damit viel von Deutschlands Renommee bei den Südländern verspielt. Je länger man eine Problemlösung vor sich herschiebt, um so teurer wird sie.“ Der Kern des Problems sei jedoch eine politische Krise in Europa. Der Fehler von Helmut Kohl sei dessen Annahme gewesen, erst den Euro als gemeinsame Währung zu schaffen und dadurch eine politische Union zu erzwingen. „Das konnten wir nicht leisten“, erklärte Gerhard Schröder. Es werde darauf hinauslaufen, dass wir ein Europa der zwei Geschwindigkeiten bekommen. „Das heißt aber auch, dass Staaten wie England, die nicht in den Euroraum wollen, dann nicht mitentscheiden können. Ich glaube, dass sich dies gerade in Europa herumspricht.“ ■

150 Jahre SPD - Parteijubiläum im Jerichower Land

Wenn Gerhard Schröder in Magdeburg bei Burkhard Lischka auf dem Roten Sofa sitzt, richtet sich das sozialdemokratische Augenmerk rund um die Landeshauptstadt natürlich zuerst auf den Altkanzler. Und so waren die Genossinnen und Genossen im Jerichower Land etwas besorgt, als der Termin bekannt wurde, hatten sie doch schon seit langem für den gleichen Abend den Ministerpräsidenten des benachbarten Bundeslandes Brandenburg, Matthias Platzeck, zu ihrer Veranstaltung zum 150-jährigen Parteijubiläum nach Burg eingeladen.

Doch das Interesse an der SPD ist offensichtlich erheblich größer, als mancher befürchtet, und so konnte Kreisvorsitzender Matthias Graner zur Jubiläumsfeier im Burger Kino – übrigens dem ältesten Kino Deutschlands – neben dem Gast aus Brandenburg rund 100 Genossinnen und Genossen sowie Sympathisanten und Gäste begrüßen. Anwesend waren auch die Bundestagsabgeordnete Waltraud Wolff, die Kreisvorsitzenden der benachbarten Landkreise, Silke Schindler aus dem Bördekreis und Marko Mühlstein aus dem Kreis Stendal, sowie die Ortsvereinsvorsitzenden aus dem Jerichower Land und Mitglieder von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion.

Matthias Platzeck übernahm es in gewohnter Souveränität, das SPD-Jubiläum zu würdigen. Er erinnerte an die unterschiedlichen Startbedingungen der demokratischen Parteien am Ende der DDR und würdigte die Aufbauleistungen, die die SPD in den Jahren nach 1990 vollbracht habe. Dabei spielte er auch auf den zunächst verhaltenen, dann aber immer stolzeren Umgang mit der Anrede „Liebe Genossinnen und Genossen ...“ an. Trotz des feierlichen Anlasses konnte sich aber auch der brandenburgische Landesvorsitzende nicht eine deutliche Kritik an der Bundesregierung verkneifen: „Wir wollen eben keine marktkonforme, neoliberale Demokratie! Wir wollen, dass sich der Markt der Demokratie anpasst!“

Foto: Roland Stauf/ v.l. Wolfgang Schuth, Matthias Graner, Matthias Platzeck, Waltraud Wolff

Wer bisher meinte, dass Lieder aus der SPD-Tradition immer auch traditionell klingen müssen, wurde eines Besseren belehrt. Die alten Lieder können auch in modernem Arrangement ankommen, wie die Gruppe „Querbeat“ aus Burg bewies. In mitreißendem Sound – die meisten Gäste wippten ausgelassen mit Kopf und Füßen mit; die Textsicheren konnten auch mitsingen – wurden alte SPD-Lieder, dabei natürlich auch „Wann wir schreiten Seit‘ an Seit‘“, gespielt. Zur Abrundung der Feier gab es – man war ja schließlich in einem Kino – Ausschnitte aus dem Film zum Parteijubiläum „Wenn Du was verändern willst“.

Der AWO-Landesverband wartete zur Überraschung der Gäste mit einer speziell zum Jubiläum gefertigten Torte auf. Geschäftsführer Wolfgang Schuth überbrachte das kostbare Geschenk persönlich, den Anschnitt übernahmen Waltraud Wolff und Matthias Platzeck gemeinsam. Und von der Qualität der Torte konnten sich die Gäste beim anschließenden Büffet überzeugen.

So feierte die SPD im Jerichower Land also schon einige Wochen vor dem eigentlichen Parteijubiläum, aber die Anwesenden waren sich einig: Wir können uns - trotz mancher Krisen auch in der SPD-Geschichte – ruhig das ganze Jahr hindurch über unsere große Tradition freuen.

Matthias Graner ■

Wir begrüßen als neue Mitglieder der SPD in Sachsen-Anhalt...

Matthias Bendig, Magdeburg
Shirin Eghtessadi, Halle
Oliver Greie, Magdeburg
Carlo Hasenkrug, Magdeburg
Gerrit Kwaschnik, Halle
Udo Mintus, Havelberg
Andre Nowak, Halle
Dr. Ulrich Johannes Plaga, Magdeburg
Hendrik Rehse, Halle
Louisa Rödiger, Eisleben
Jürgen Schiedlowski, Halle
Torsten Schiedung, Halle
Birgit Steinmetz, Magdeburg
Oliver Teige, Ballenstedt-Falkenstein
Peter Theiß, Biederitz-Heyrothsberge
Simone Träger, Seengebiet Mansfelder Land
Rolf Walther, An der Finne

Impressum:
V.i.S.d.P.: Oliver Draber
Redaktion: Dr. Falko Grube
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an:
pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de
Anschrift:
SPD-Landesgeschäftsstelle
-Redaktion WiSA-
Bürgelstraße 1,
39104 Magdeburg

SOLIDARITY NOW

Unter dem Motto: „UNITED WE MAKE HISTORY – SOLIDARITY NOW!“ fand vom 9-12. Mai das Workers Youth Festival in Dortmund statt.
Jusos, Falken und etliche Jugendorganisationen aus der ganzen Welt waren im Dortmunder Fredenbaumpark zusammengekommen um die 150jährige Geschichte der ArbeiterInnen-Jugendbewegung zu feiern. Insgesamt waren über 3000 Mitglieder der verschiedenen Jugendorganisationen vertreten, darunter auch eine neunköpfige Delegation der Jusos Sachsen-Anhalt.
In den knapp vier Tagen boten die zahlreichen Podiumsdiskussionen und Workshops zu Themen wie zum Beispiel Freihandel, politische Gestaltung in der eigenen Partei, europäische Krise und Sexismus die Möglichkeit mit den anderen TeilnehmerInnen zu diskutieren. Dabei war das Highlight des Festivals die Demonstration am Samstag in der Dortmunder Innenstadt mit rund 3000 TeilnehmerInnen. Das Singen von traditionellem Liedgut der ArbeiterInnenbewegung im Kanon – und mehrsprachig – hatte den einsetzenden Regen vergessen lassen. Die Sonne kam pünktlich raus, als die Demonstration den Friedensplatz in Dortmund erreichte. Timing ist eben alles.
Zu den traurigen Höhepunkten des ansonsten gelungenen Festivals zählte die Diskussion und der spätere Verlauf einer

Delegationen der Jusos und Falken Sachsen-Anhalt

angesetzten Diskussion mit Burkhard Freier (Leiter Verfassungsschutz NRW), Norbert Wesseler (Polizeipräsident Dortmund) und der SPD-Landtagsabgeordneten Nadja Lüders zum Thema „Staat gegen Rechts“. Anstatt die Möglichkeit zu nutzen und mit den VerantwortungsträgerInnen kritisch über die Rolle staatlicher Institutionen im NSU-Skandal zu diskutieren, versuchte eine kleine Gruppe von zirka 15 Personen diese Veranstaltung zu verhindern. Sie hielt das Zelt besetzt, so dass die Veranstaltung ins Freie verlegt werden musste. Obwohl sie später mehrfach versuchten, statt wie angedacht über die NSU oder den Existenzberechtigung von Verfassungsschutzämtern über Themen von Welthunger, Ausbeutung und der Demokratie als „Ursache für den Faschismus“ zu reden, gelang es in weiten Teilen sachlich und kritisch über die Arbeit der Behörden im Kampf gegen Rechtsextremismus zu diskutieren.
Dieser Vorfall und die unschönen Reaktionen mehrerer TeilnehmerInnen bei dem Auftritt der umstrittenen Band „Die Orsons“ am Samstag Abend sind ein klares Zeichen, dass Meinungsfreiheit und Pluralität wichtige, stets zu verteidigende Eckpfeiler in der Gesellschaft, aber auch innerhalb unseres eigenen Verbands sind und dass ein ausgestreckter Mittelfinger keine Argumente ersetzt!
Am Sonntag hieß es dann leider, sich zu verabschieden, Freundschaften zu adden und auf den jeweiligen Heimfahrten den verdienten Schlaf nachzuholen, für den bei diesem Großereignis - wie erwartet - zu wenig Zeit blieb.

Kai Dethloff

Politische Anstöße

Der „Politische Anstoß“ ist bereits seit vielen Jahren ein durch die Jusos organisiertes Format gegen zunehmende Politikverdrossenheit. Neben der Vermittlung von Informationen zu politischen Sachverhalten soll er vor allem dazu dienen, die „gefühlte“ Distanz zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen zu verringern.

Im letzten Monat standen gleich zwei Highlights der Reihe auf dem Programm. Zunächst stellte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Frank-Walter Steinmeier, circa 300 Studierenden und ihren zahlreichen Fragen, in deren Mittelpunkt die Bildungspolitik stand. Dabei verwies Steinmeier auf die Notwendigkeit der Abschaffung des Kooperationsverbotes zur Schließung der finanziellen Engpässe im Bildungssystem. Aber auch Änderungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes hielt er für notwendig, um zukünftig die häufig prekären Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen zu vermeiden. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion nutzen die Studiereden die Gelegenheit, mit Frank-Walter Steinmeier persönlich über die Folgen des Bologna-Prozesses ins Gespräch zu kommen.

Ein paar Tage später folgte mit Hubertus Heil der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Gemeinsam auf einem Podium diskutierte er mit Dr. Karamba Diaby und Kathrin Sasse, Bereichsleiterin U25 im Jobcenter Halle, und zahlreichen Interessierten zum Thema Jugendarbeitslosigkeit. Praktische Erfahrungen aus der Jugendsozialarbeit führten Karamba Diaby vor allem zu dem Schluss, dass ohne eine entsprechende Begleitung der Eingliederungsmaßnahmen für Jugendliche durch Sozialarbeiter die meisten von ihnen erfolglos wären. Anhand der zum Teil sehr individuellen Maßnahmen des Jobcenters zur Eingliederung der Jugendlichen auf dem ersten Arbeitsmarkt und zur Vermittlung und Vorbereitung auf einen Ausbildungsplatz zeigte Kathrin Sasse die konkrete Situation der Jugendlichen in Halle auf. Dabei stellte sie fest, dass die Jugendlichen mit der Arbeitslosigkeit einhergehend häufig zahlreiche weitere Probleme haben, die einen besseren Betreuungsschlüssel notwendig machen.

Hubertus Heil betonte in diesem Zusammenhang, dass in Zeiten des Fachkräftemangels auch der Wirtschaft eine enorme Verantwortung zukomme, Ausbildungsplätze zu schaffen und so den eigenen Bedarf zu decken. Er verwies darauf, dass in einigen südeuropäischen Staaten des teilweisen Zusammenbruchs des Wirtschaftssystems der Verlust ganzer Generationen einer über fünfzigprozentige Jugendarbeitslosenquote drohe. Dies müsse Ansporn sein, auf allen Ebenen eine nachhaltige Wirtschaftspolitik zu betreiben, um Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern.

Am 10. Juni wird mit Franz Müntefering und einer Diskussionsveranstaltung zur Generationengerechtigkeit im Rentensystem in Zeiten des demographischen Wandels die Reihe des „Politischen Anstoßes“ fortgesetzt.

Lukas Balser/Karolin Heyne ■

Corinna Reinecke alte und neue AsF-Landesvorsitzende

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF) hat bei ihrer ordentlichen Landeskonferenz einen neuen Vorstand gewählt. Die bisherige Vorsitzende Corinna Reinecke wurde einstimmig für weitere 2 Jahre im Amt bestätigt. Die Wittenberger Landtagsabgeordnete leitet die Arbeitsgemeinschaft bereits seit 2006. „Das erneute Vertrauen freut mich sehr“, erklärte Reinecke. „Wir wollen mit der AsF etwas für die Frauen in Sachsen-Anhalt bewegen.“

Als stellvertretende Vorsitzende wurden – ebenfalls einstimmig – Renate Schmidt, Kreisverband Anhalt- Bitterfeld und Sarah Schulze, Stadtverband Magdeburg, gewählt. Den Vorstand komplettieren als Beisitzerinnen Angelika Engel, Petra Börst-Harder, Karin Klingen, Kerstin Mogdans, Irina Oberländer, Inka-Ulrike Plassmann und Vinny Zielske gewählt.

Einen besonderen Höhepunkt der Landeskonferenz bildete neben dem Grußwort und der engagierten Diskussion mit der SPD-Landesvorsitzenden Katrin Budde zur aktuellen Landespolitik der Vortrag von Evelyne Gebhardt zum Thema 40 Jahre AsF. „Die Frauenbewegung hat viel erreicht, doch am Ende des Weges sind wir noch lange nicht angekommen“, beschrieb Gebhardt die heutige gesellschaftliche Situation von Frauen. Dies sei ihre Motivation, aktiv Gleichstellungspolitik zu betreiben. Gebhardt ist seit 1992 stellvertretende AsF-Bundesvorsitzende und seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments. Eine ihrer Erfahrungen aus diesen Gremien sei, dass neben allen geforderten politischen Maßnahmen eine bessere Vernetzung unter Frauen dafür unerlässlich sei. Bei der Landes-AsF traf sie dabei auf offene Ohren, war doch der Ort der Landeskonferenz mit der Magdeburger Unternehmerinnenakademie bewusst gewählt.

Politisch fassten die Delegierten Beschlüsse zu den Themen Gender und Finanzen sowie Frauen und Gewalt. Sie sprach sich eindeutig für die Einführung der geschlechtergerechten Haushaltsplanung und -steuerung in allen Bereichen der Landesverwaltung beginnend mit dem Haushaltsverfahren 2014 aus und forderten die sofortige Umsetzung der RL 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer. Die Beschlüsse werden dem neuen ASF- Landesvorstand als Arbeitsgrundlage für die nächsten zwei Jahre dienen.

Zudem strebt die AsF eine stärkere Aktivierung ihrer Mitglieder an, schließlich besteht sie aus allen weiblichen Mitgliedern der SPD, die automatisch mit dem Eintritt in die Partei auch Mitglied der AsF werden. Als Ansprechpartnerin für alle Frauen vertritt die ASF ihre Interessen in allen politischen Bereichen und auf allen politischen Ebenen. So bringt sich die AsF aktiv in die Arbeit des Landesfrauenrats Sachsen- Anhalt ein, wo sie von Kerstin Mogdans vertreten wird. Darüber hinaus bestehen gute und regelmäßige Kontakte zu zahlreichen Frauenverbänden- und vereinen, die wichtige Bündnispartnerinnen bei der Gestaltung guter Frauenpolitik in Sachsen-Anhalt sind. Die AsF will zukünftig, deutlich mehr Frauen in ihre Arbeit einbinden. Interessierte Neulinge sind deshalb jederzeit herzlich willkommen!

Sarah Schulze ■

Die Bremer Stadtmusikanten

Auch in diesem Jahr hatte der Bundesvorstand der SPD-Senioren AG 60plus anlässlich des internationalen Generationentags am 30. April zu einem Aktionstag aufgerufen. Der Tag stand unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“.

Warum dieses Thema nicht einmal mit den Jüngsten unserer Gesellschaft betrachten, sagten sich Stadt- und Landesvorstand der hiesigen AG-60plus und luden eine Kindergruppe der Kita „Der lustige Kater“ ein. Gemeinsam mit dem AWO-Ortsverein Halle-West und dem Stadtseniorenrat sollte sie das Märchen „Die Bremer Stadtmusikanten“ hören. „Gemeinsam sind wir stark! Ist auch die Aussage dieses Märchens“, erklärt Norwin Dorn, Landesvorsitzender der AG 60plus, die Gründe. Auch zum 200. Geburtstag der Grimmschen Märchen, den diese 2013 feiern, ist diese Botschaft immer noch aktuell.

Als Vorleser konnten die Seniorinnen und Senioren den Landtagsabgeordneten Thomas Felke gewinnen. Begeisterte Kinder und Erwachsene folgten aufmerksam dessen Vortrag in einem freundlichen Lesesaal der Stadtteilbibliothek Halle-Neustadt. Zur Illustration wurden die beteiligten Tiere des Märchens als Plüschtiere vorgestellt und anschließend der Kinder ■

Terminankündigungen

13. Juni 2013 – Der OV Biederitz findet im Buchhaus Biederitz das Erzählcafe „1989 – Mit Kerzenlicht gegen eine Diktatur“ statt. Beginn ist 19 Uhr.

14. Juni 2013 – Im Magdeburger Moritzhof führt der Landesverband den Vorentscheid des Poetry-Slam für die Region Nord durch. Das Finale findet im August, in Berlin, beim Deutschlandfest der SPD statt.

16. Juni 2013 – Im Turm in Halle führt der Landesverband den Vorentscheid des Poetry-Slam für die Region Süd durch. Das Finale findet im August, in Berlin, beim Deutschlandfest der SPD statt.